

# Dresdener Nachrichten

Geegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Sammelnummer: 26.241.  
Ruz für Nachgeprüfte: 20.011.

Bezugs-Gebühr: vierteljährlich in Dresden und Neuvorf bei postmöglicher Zustellung jeweils bei einm. maliger Zustellung durch die Post (ohne Befreiung) 2.40 M., monatlich 1.00 M. Die einjährige 27 um letzte Seite 25 Pf. Halbes Jahrigen und Wochen- und Monatsgebühren, einjährige 48- und 25 Pf. Halbes Jahrigen laut Tarif. Hausbesitzer Kaufpreis gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 16 Pf., Sonntags 20 Pf.

Schreibleitung und Druck: (Schreibst.)  
Markenstraße 35/40.  
Druck u. Verlag von Siebich & Neidhardt in Dresden.  
Postfach-Num. 19.395 Leipzig.

Kostenlos nur mit beifolgender Quittung (Dresdener Nachr.) zulässig. — Unentgeltliche Beiträge werden nicht angenommen.

## Der Rückzug aus dem Baltikum.

### Die Räumung des Memel-Gebiets.

Berlin, 9. Sept. (Eig. Drahtmeld.) Zur Zurückführung der deutschen Streitkräfte aus dem Baltikum wird an zukünftiger Stelle mitgeteilt, daß das freiwillige Reservekorps vollständig südlich der Memel zurückgezogen ist. Das Generalkommando des 6. Reservekorps wurde von Mitau nach Jangykli verlegt.

Ragnitberg, 9. Sept. Die Räumung Litauens südlich der Memel ist planmäßig und ohne Zwischenfälle verlaufen.

### Polnisch-litauische Streitigkeiten.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Rotterdam, 9. Sept. Der Korrespondent der Times in Warschau meldet, daß die polnischen Truppen in dem nördlichen Sektor Litua-Dänaburg mit den Litauern zusammengeraten seien. Marschall Koch hat feinerseits den Polen angedeutet, die Ostbahn bis Duffelt, 25 Meilen südlich von Dänaburg, zu besetzen, aber die Polen gingen bis zur Berefina vor. Und um den an der Düna lebenden Litauern Flügel schützen zu können, gingen sie bis Dänaburg vor und besetzten die Bahn über Dänaburg hinaus. Dem widerwehten sich die Litauer.

### England und der Bolschewismus.

Helsingfors, 8. Sept. In einer Unterredung mit dem Vertreter der Helsingfors-Zentralverwaltung hat der hiesige englische Geschäftsträger erklärt, daß auf eine aktive Teilnahme Englands an einem Vorhaben gegen die Bolschewisten kaum zu rechnen sei, da der Gehalt in verschiedenen politischen Kreisen Englands auf harten Widerstand stößt. Auch sei die Krone nach den Beschwerden des Weltfriedes so ruhebedürftig, daß es schwer sein würde, sie zu einem neuen Feldzug zu bewegen. Daher werde England alle kriegerischen Operationen in Nordrussland aufgeben. Der Seimitransport der in Murman befindlichen englischen Truppen habe bereits begonnen. Die Seimitransport der nach dort Bleibenden sei nur eine Frage der Zeit. In keinem Falle werde die englische Regierung neue Truppen gegen Rußland senden. In den englischen Regierungskreisen herrsche die Ansicht, daß man in England die Entwicklung der Verhältnisse in Rußland als Außenstehender verfolgen, jedoch eine bewaffnete Einmischung vermeiden müsse. Er glaube nicht, daß Petersburg in der nächsten Zukunft genommen werde.

### Sowjetrusslands Unterhandlungen mit Ostland.

Amsterdam, 8. Sept. Die Times meldet aus Helsingfors, daß bolschewistische Unterhändler mit Friedensanträgen für Ostland in Rußland eingetroffen sind. Die Bedingungen umfassen die Anerkennung der Unabhängigkeit Ostlands, die Unverletzlichkeit seiner Landesgrenzen und die Seimitransport der ostländischen Besatzungen. Die Bolschewisten stellen nur die eine Gegenforderung, daß Ostland von den Feinden der Bolschewisten nicht als Besitz gebraucht werden darf. Das ostländische Kabinett hat beschloffen, Unterhandlungen anzunehmen.

### Massenhineichtung russischer Exminister.

Kopenhagen, 8. Sept. Derjwasse Tidende meldet aus Helsingfors, daß nach den Informationen russischer Blätter im August die leitenden Männer des alten Regimes in Rußland massenweise hingerichtet worden sind. 34 Geiseln, unter denen sich die früheren Minister Tschelakowitsch, Amosow, Malakow, Protopopow und Belschikow befanden, wurden von Kronstadt nach dem Moskauer Kreml gebracht und händelrechtlich erschossen mit Ausnahme Belschikow, der vor der Exekution ohnmächtig wurde. Einige Tage darauf starb Belschikow an Strangvergiftung. Eine andere Gruppe von Würdenträgern aus der Zwischenzeit wurde in Kronstadt erschossen, die Leichen wurden ins Meer geworfen. In einer Nacht wurden von 2000 Personen, die zum Tode verurteilt worden waren, alle bis auf 47 hingerichtet.

### Die Regierung und das Verbandsultimatum

Berlin, 9. Sept. (Eig. Drahtmeld.) Die des „Achtstündertags“ erfaßt, ist das neue Ultimatum der Entente an Deutschland, in dem die vollständige Zurückführung der Absätze 2 des Artikels 154 der Reichsverfassung verlangt werden soll, in Berlin noch nicht eingetroffen. An den zuständigen Stellen ist man über die offizielle Stellungnahme der Entente zur deutschen Note offiziell noch nicht unterrichtet, hält aber die Meldungen der Pariser Blätter für richtig. Da sich die deutsche Regierung bereits in der jüngsten Antwortnote mit dem Verbot des Anschlusses an den Reichsverband abgefunden hat, wird auch das neue Ultimatum der Entente wahrscheinlich keine Ablehnung finden. Es wird angenommen, daß die Note der Entente morgen früh in Berlin eintreffen wird. In diesem Falle wird voraussichtlich das Kabinett noch im Laufe dieser Woche seinen Beschluß über die Antwort fassen. Wie es heißt, dürfte auch die Nationalversammlung in der nächsten Woche zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen werden, um die Verfassungsänderung durchzuführen.

### Die Heberreichung des bulgarischen Friedensvertrags

Paris, 9. Sept. Der „Journal“ soll der bulgarische Friedensvertrag morgen nachmittag im Chateau de Madrid in Kenntnis der Friedensverträge überreicht werden.  
Ein Sonderfriedensantrag in Amerika.  
(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Rotterdam, 9. Sept. Daily Mail meldet aus New York: Senator Lodge's Antrag auf einen Sonderfrieden Amerikas mit Deutschland ist am Sonntag im Senat eingegangen.  
Washington, 9. Sept. (Reuters.) Der Senator Lodge teilte mit, daß der Friedensvertrag dem Senat am Mittwoch unterbreitet werden wird.

### Der Vatikan und Oberschlesien.

Berlin, 9. Sept. (Eig. Drahtmeld.) Die die „Polit. Korrespondenz“ aus Warschau erfahren, hat der päpstliche Nuntius Ratti eine aus Oberschlesien zusammengeleitete Abordnung empfangen, die für das ober-schlesische Volk eine wahrlich eine der Gewissensfreiheit während der Volksabstimmung verlangt. Wie aus Streifen der Abordnung erklärt wurde, hat der Nuntius ihr einen freundlichen Empfang bereitet und die Versicherung gegeben, daß er alle seine Einflüsse zur Unterstützung der ihm vorgebrachten Antrag geltend machen werde. Außerdem teilte er die Absicht davon in Kenntnis, daß er auf die Bitte der Warschauer Regierung beim Apostolischen Stuhl in Sachen des ober-schlesischen Volkes schon vorher interveniert habe. Der Apostolische Stuhl sei infolgedessen bei der Entente vorstellig geworden, den Leiden des polnischen Volkes in Oberschlesien ein Ende zu bereiten.

### Provinzial-Autonomie für Oberschlesien.

Berlin, 9. Sept. Von einer amtlichen Stelle wird mitgeteilt, die litauischen Nachrichten aus Oberschlesien lassen erkennen, daß mit einem Wiederaufkommen des Aufstandes zu rechnen ist. Die immer zahlreicher werdenden Bandenverbände über die Grenze und die Sprengung der Reichsbrücke lassen erkennen, daß die archaische Organisation sich abermals der Unterstützung der polnischen Truppen an der deutsch-polnischen Grenze erfreut. Die Absicht des neuen Aufstandes geht offenbar von einer früheren polnischen Oberschlesien, als geplant, durchzuführen. Die Polen rechnen nämlich damit, daß in diesem Falle die bevorstehende Abnahme in Oberschlesien zu ihren Gunsten beeinflusst würde. Die preussische Regierung will, um diesen Plänen die Spitze abzubrechen, in der am 18. d. M. beginnenden Tagung der preussischen Landesversammlung eine Gesetzesvorlage einbringen, der Oberschlesien die Provinzialautonomie erteilt. Die preussische Regierung hofft dadurch viele Sympathien, die sie in der letzten Zeit in Oberschlesien verloren hat, wiederzugewinnen.

### Polnische Brückenprekamentos.

Stettin, 9. Sept. (Eig. Drahtmeld.) Der Tätigkeit der Polen auf dem Gebiete der Brückenprekamentos wurde von den deutschen militärischen Stellen schon längst Aufmerksamkeit geschenkt, ohne daß sich jedoch jeder einzelne Ausbruch vermeiden ließ. Es sind eigene polnische Brückenprekamentos unter anderem feindliche in Tombrawa an der deutschen Grenze. Sie sind mit starken Dynamitvorräten ausgerüstet und werden geführt von ober-schlesischen Polen des höheren Berufsstandes, die aus dem Industriegebiet bald nach Entlassung des Ruhrkrieges in die Heimat zurückgekehrt sind. Die hiesige Besatzung der Brücken ist seit Wochen im Regimentsbesitz des 2. Regiments. Der Aufschlag auf die Reichsbrücke bedarf daher genauerer Aufklärung.

### Unser neues nachbarliches Verhältnis zu Frankreich.

Mannheim, 9. Sept. Die aus den besetzten Gebieten gemeldet wird, sind seit Jahren die Hebelbrücken von französischen Kolonialtruppen besetzt. Der telephonische und Drahtverkehr mit der Rheininsel unterliegt wieder strengeren Zensurmaßnahmen der französischen Besatzungsbehörden.

### Die Schneiderwirtschaft der Goldatenräte.

Berlin, 9. Sept. (Eig. Drahtmeld.) Dem Drängen der Nationalversammlung nachgehend, hat sich der Finanzminister eine Kommission zur Prüfung der Finanzangelegenheiten der Arbeiter- und Soldatenräte bis zum 31. März herausgegeben. Das Hervorstechendste sind die Bemerkungen zu der Wehrzahl der Räte. Die Angaben sind noch nicht vollständig. Auch das völlige Fehlen von Angaben wird vermerkt. Die Ausgaben betragen für das Verbandsjahr rund 84 Millionen Mark, für das Reichsjahr rund acht Millionen, zusammen 92 Millionen Mark. Diese Summe gliedert sich in folgende Einzelbeträge:

- a) Kosten, die sich in den Grenzen der Tätigkeit der Reichsregierung für persönlichen und sachlichen Aufwand der Räte halten rund 18 Millionen Mark.
  - b) Mehrkosten durch die Zahlung höherer Gehalts, Ausgaben für Parteizwecke und andere nicht zulässige Ausgaben rund 37 Millionen Mark (1).
  - c) Verlust durch widerrechtliche Aneignung oder Verschwendung von Deeresgut rund 35 Millionen Mark.
  - d) Unverrechnete Vorkäufe zwei Millionen Mark.
- Bei der Marine sind für diesen kurzen Zeitraum als leuchtende Ausgaben angemeldet 217 215 M. Der Chef der Admiralität trägt indessen die Gesamtkosten auf nur 10 Millionen Mark. Von den leuchtenden Ausgaben werden 685 802 Mark als Mehrkosten durch höhere Gehalts, für Parteizwecke usw. und 186 701 Mark als Verlust durch widerrechtliche Aneignung oder Verschwendung von Deeresgut, 11 040 Mark als unverrechnete Vorkäufe charakterisiert. Bei der Post wurde die Herausgabe von ungefähr 100 000 Mark erwirungen. Die Reichsbankstellen einer großen Anzahl von Städten haben sich Eingriffe der Arbeiter- und Soldatenräte ohne vorhandene Deckung gefallen lassen müssen.

### Kriegsgefangene oder Arbeiter.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Genf, 9. Sept. Der „Temps“ meldet, daß der Millierer Nat. Clémenceaux Auffassung angenommen hat, die Demissionierung der Kriegsgefangenen aus den französischen Gefangenenlagern von der vorherigen Erledigung der Arbeiterfrage für das französische Wiederbaugeschäft abhängig zu machen.

### Der Ausschlußantrag gegen Legien.

Der gegen Legien, den alten, hochverdienenden Gewerkschaftsführer auf Betreiben der Unabhängigen unternehmene Vorstoß, der ganz den Charakter eines heimtücklichen, hinterlistigen Ueberfalls trägt, ist eine Schandtat für die ganze deutsche Arbeiterchaft. Man braucht seinen Augen nicht, wenn man im Organ der Unabhängigen liest, daß in der Generalversammlung der Holzarbeiter-Gewerkschaft von der dort herrschenden radikalen Mehrheit der Antrag gestellt und angenommen worden ist, gegen Legien das Ausschlußverfahren aus der Gewerkschaft einzuleiten. Ob der Ausschluß tatsächlich erfolgen wird, bleibt abzuwarten; bis ein derartiges Schiedsgerichtsurteil schwebt, auf wech vorliegt, möchte man es nicht glauben, weil der Gedanke, daß ein Mann wie Legien, durch dessen aufopfernde Tätigkeit die freien Gewerkschaften auf den Gipfel ihrer Macht emporgehoben worden sind, in so schändliche Weise behandelt werden könnte, gar zu unannehmlich ist. Selbst wenn über die radikale Mehrheit Legiens ihr letztes Ziel nicht erreichen sollten, so bleibt doch schon die Tatsache, daß ein solches Verfahren überhaupt angesetzt werden konnte, ein so beschämendes Zeichen für die Besinnung seiner Urheber, daß auch die bürgerlichen Kreise nicht daran vorübergehen können, ohne diesen tiefen moralischen Einbruch schmerzlich zu beklagen.

Wenn die deutsche Arbeiterchaft sich rühmen darf, eine in langjähriger Erfahrung gewonnene, harte, leistungsfähige und bewährte Gewerkschaftsorganisation zu besitzen, so hat sie das in erster Linie der rastlosen Lebensarbeit eines Mannes wie Legien zu verdanken. Die deutschen Gewerkschaften sind die Träger von mehr als 2000 Tarifverträgen, die vor der Umwälzung für etwa 2 1/2 Millionen Arbeiter Geltung hatten. In diesen Erfolgen haben die freien Gewerkschaften, die sich aus der Sozialdemokratie rekrutieren und in der von Legien geleiteten Generalkommission der Gewerkschaften ihr gemeinsames Vertretungsorgan besitzen, den Hauptanteil. Sie sollten ursprünglich nach dem Wunsch und Willen der sozialdemokratischen Parteileitung die politische Sozialdemokratie im Klassenkampf unterstützen und ihr den Rücken decken, insbesondere dadurch, daß sie, jedem Wink von Berlin aus gehorchend, nachpolitische Streiks, sogenannte Kraftproben gegenüber dem Unternehmertum, ins Werk setzten, um den Einfluß und den Einfluß der Parteileitung zu härten. Sehr bald aber besannen die Gewerkschaften unter der Augen, unünftigen und gemäßigten Leituna Legiens das ewige Ziel mit dem Feuer, das Experimentieren mit Kraftproben hat zu verweigerten der Partei die blinde Gefolgschaft. Je mächtiger sich die freien Gewerkschaften entwickelten, je arbeitsreicher ihre finanzielle und wirtschaftliche Stellung wurde, desto weniger waren sie zu unruhiger Verwendung ihrer Kräfte bereit, desto mehr richtete sich ihr Streben auf praktische, nützliche Arbeitsleistung, auf die wirkliche Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterchaft, und in demselben Maße wuchs ihre Abneigung, alles Errungene um politischer Zwecke willen auf Berlin's Befehl aufs Spiel zu setzen. Darüber kam es oftmals zu scharfen Konflikten, aber die Gewerkschaften blieben fest und stetig.

Sturz vor dem Ausbruch der Umwälzung erlebte Legien noch die große Genugtuung, daß die Gewerkschaften das letzte ihnen noch verbliebene Ziel, ihre Anerkennung als die berufene Vertretung der Arbeiterchaft von seiten der Arbeitgeber, erreichten. Nach monatelangen Verhandlungen wurde am 15. November 1918 die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands geschlossen, die auf der einen Seite alle im Reichsverband der deutschen Industrie vereinigten Unternehmerverbände umfaßt, während auf der anderen Seite alle hervorragenden Organisationen der Arbeiter und Angehörigen stehen, in erster Linie die freien Gewerkschaften, ferner der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Verband der Christlich-Deutschen Gewerksvereine, die kaufmännischen Verbände, die freien Angestelltenverbände und die technischen Verbände. In dieser Arbeitsgemeinschaft wird der Achtstundentag als regelmäßige tägliche Arbeitshöchsteilnahme festgesetzt, die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen allgemein eingeführt und zur Entlohnung aller grundsätzlichen Fragen, die sich aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis ergeben, ein Zentralauschuss, ein Arbeitsparlament, gebildet, das zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht und dessen Entscheidungen für beide Teile verbindliche Kraft besitzen. So verbürgt die freie Arbeitsgemeinschaft eine Verständigung über alle sozialpolitischen Streitfragen, die sonst zu erbitterten Kämpfen geführt hätten, und den Arbeitern wird ein angemessener Einfluß auf den Produktionsprozess eingeräumt.

Hiermit war eine zuverlässige Grundlage gegeben, auf der die neue sozialistische Regierung, wenn sie gut beraten gewesen wäre, hätte weiterbauen können und müssen, um dem Drängen der Arbeiterchaft auf erweiterten Einfluß in den Betrieben eine mit dem Allgemeinwohl und dem Lebensbedürfnissen der Industrie zu vereinbarende Form zu geben. Statt dessen aber wich die Regierung vor dem Drängen des Radikalismus zurück und entschied sich für die Verankerung des Systems der Betriebsräte in der Betriebsrat. Wegen dieser Entwicklung mußten die Gewerkschaften unverzüglich auf das härteste Stellung nehmen. Sie konnten es nicht ruhig hinnehmen, daß künftig die Betriebsräte in das bisher ureigenste Arbeitsgebiet der Gewerks-